

Die Übergroße Koalition im Unregierbaren Deutschland

Artikel-Projekt für Le Grand Continent, das Webmagazin der GEG. Im Original auf Deutsch.

Lange schien sie ungewöhnlich, ein Einzelfall – dann entwickelte sie sich zur beliebten Alternative. Nun ist das deutsche Parteiensystem ihrer müde, kann sie aber vorerst nicht loswerden: Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU könnte zur ewigen Übergangslösung für Bund und Länder werden – doch wie lange wird sie noch mehrheitsfähig sein?

Wer hätte es noch vor zehn Jahren geglaubt? Die Große Koalition, die Deutschland zum dritten Mal seit 2005¹ unter der Leitung Angela Merkels regiert, hat seit diesem Sommer in den Umfragen ihre Mehrheit verloren (20). Die Allianz der zwei sogenannten Volksparteien, die lange hoch über dem deutschen Parteiensystem thronen, stößt auf Verdrossenheit.

Zugleich zeugen die Erfolge der AfD von einem historischen Wandel im politischen Kollektivbewusstsein der Deutschen. Daran soll nach Ansicht vieler Kommentatoren die mangelnde Erneuerungsfähigkeit der beiden großen Volksparteien schuld sein. Bereits 2005 war auffällig geworden, dass das deutsche Parteiensystem in dieser Hinsicht am Rand der Klippe stand (2). Die SPD habe durch die von Gerhard Schröders »Neuer Mitte«-Kurs eingeleitete Liberalisierung das Vertrauen ihrer traditionellen Wähler verspielt (15, 16). CDU-interne Kritiker prangern eine „Sozialdemokratisierung“ der Mitte-Rechts-Partei unter Merkels Vorsitz an (25, 23). Beide Parteien täten sich in mancher Hinsicht schwer, sich voneinander zu differenzieren (3, 21). Besonders die SPD leide unter der Unfähigkeit, eigene signifikante programmatische Inhalte zu definieren und durchzusetzen (5). Zu natürlichen Koalitionspartnern der Mitte geworden, so jene weit verbreitete Analyse weiter, seien sie mittlerweile unfähig geworden, anständige Vertreter ihres jeweiligen Flügels zu sein.

Das Urteil darüber, ob diese Erzählung die Entwicklungen der letzten Jahre und den historischen Tiefstand von Union und SPD richtig beschreibt, überlassen wir gerne dem Leser. Doch eines steht fest. **In Zukunft wird nicht mehr die Bereitwilligkeit zur Koalition der entscheidende Faktor für Bündnisse der Mitte sein, sondern etwas viel Pragmatischeres: die Wahlarithmetik.**

¹ Kabinett Merkel I (VK: Müntefering/Steinmeier): 2005-2009, Kabinett Merkel III (VK: Gabriel): 2013-2017, Kabinett Merkel IV (VK: Scholz): 2018-

Koalitionsunfähige Parteien: die Störenfriede im Verhältniswahlssystem

In einem typischen Verhältniswahlssystem nach altem deutschem Vorbild, wo jede Partei mindestens einen natürlichen Partner hat und zwei große Volksparteien über den beiden Flügeln des politischen Spektrums herrschen, ist die dynamische Entwicklung der Koalitionen im Laufe der Zeit relativ leicht zu erfassen.

Die beiden Volksparteien stellen auf Landesebene abwechselnd den Regierungschef². Entweder erhält eine der beiden die absolute Mehrheit der Mandate und regiert allein, oder es regiert eine Koalition aus einer der beiden großen Parteien und der Kleinpartei (FDP für die CDU, Grüne für die SPD), die ihr am nächsten steht. Nach Ablauf der Legislaturperiode urteilen die Wähler über die Leistung der Regierung. Oft hat die Opposition rhetorisch etwas besser zu glänzen gewusst, und es hatte die Regierung die etwas schwierigere Rolle. So kommt es nicht selten zu einer Schwächung mindestens eines der Koalitionspartner. In diesem Fall unterliegt die Koalition bei der nächsten Wahl, und eine neue Koalition aus dem jeweils anderen Flügel kommt zustande. Scheitert die Koalitionsbildung, oder besteht ein besonderer Wille zum Konsens, können die beiden Volksparteien ausnahmsweise eine Große Koalition eingehen.

Ganz anders stellt sich die Lage dar, wenn eine Partei, mit der keiner koalieren will, beträchtliche Erfolge verzeichnet. **Betrachten wir kurz die neue Konstellation, in der die AfD rund 20% der Wähler für sich gewinnt. Dann ist nicht mehr damit zu rechnen, dass einer der beiden traditionellen Flügel die nötige absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit auf sich vereinigen wird, um eine Regierung zu bilden.** Ist das politische Gleichgewicht einem der beiden Blöcke besonders günstig, kann dies zwar noch gelingen. Im anderen, viel wahrscheinlicheren Fall kommen die Volksparteien in Zugzwang. Wollen sie Neuwahlen vermeiden und streben sie sogar nach Regierungsposten, müssen sie dringend Brücken bauen, indem sie miteinander koalieren oder sich bemühen, eine Kleinpartei aus dem anderen Flügel zu einem Dreierbündnis zu überreden.

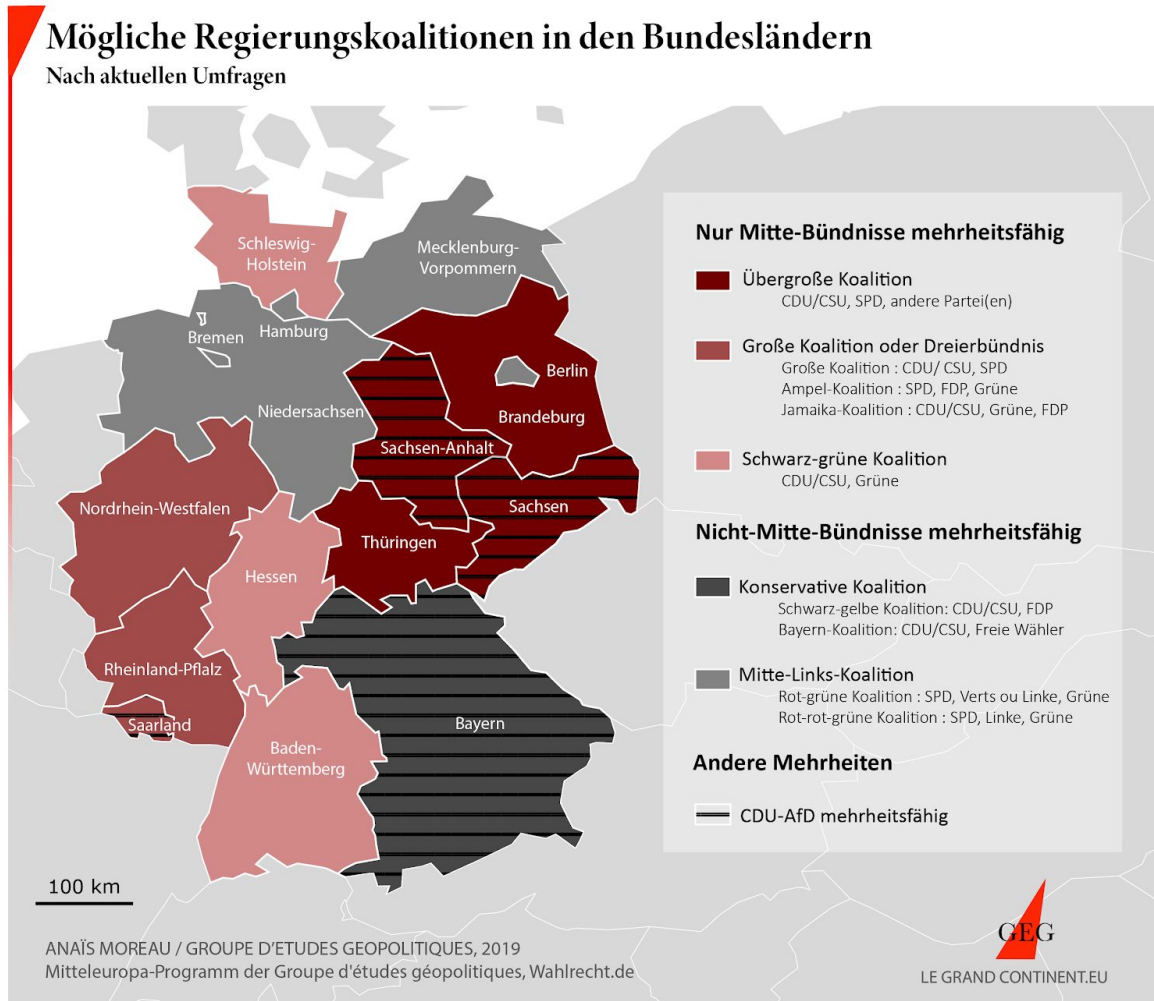
Anstatt wie im Idealfall einen politischen Wechsel einzuleiten, führt jetzt die tendenzielle Schwächung der Regierenden nicht unbedingt zum mehrheitsfähigen Erfolg einer Opposition, die die nächste Regierung führen kann. Viel mehr werden beide Volksparteien geschwächt und die AfD sowie die ehemaligen Kleinparteien gestärkt. Die Krise zwingt also die Parteien der Mitte, miteinander zu koalieren. Doch das (mehr oder weniger) breite Mitte-Bündnis, das entsteht, sei es Große Koalition, Jamaika oder Ampel, hindert vor allem CDU und SPD daran, sich programmatisch voneinander abzugrenzen – ganz im Gegenteil (4).

Denn gerade diese mangelnde Differenzierungsfähigkeit war es, die zum Erfolg der AfD so maßgeblich beigetragen hatte. Eine neue große Koalition kann diese Dynamik nur erhalten. Die Volksparteien müssen miteinander regieren und werden geschwächt; die AfD steigt weiter. Natürlich ist der Anstieg der AfD begrenzt, weil der relative Erfolg der rechtspopulistischen Partei auf die massive Ablehnung der Mehrheit stößt; sie darf also an

² Auf Bundesebene stellte die CDU 5, die SPD 3 Bundeskanzler; Bundesregierungen wurden öfter wieder- als abgewählt. Die folgende schematische Darstellung des politischen Wechsels dient vor allem der Erläuterung der Grundmechanismen. In den meisten deutschen Bundesländern trifft sie aber für den Zeitraum seit 2000 auch empirisch zu.

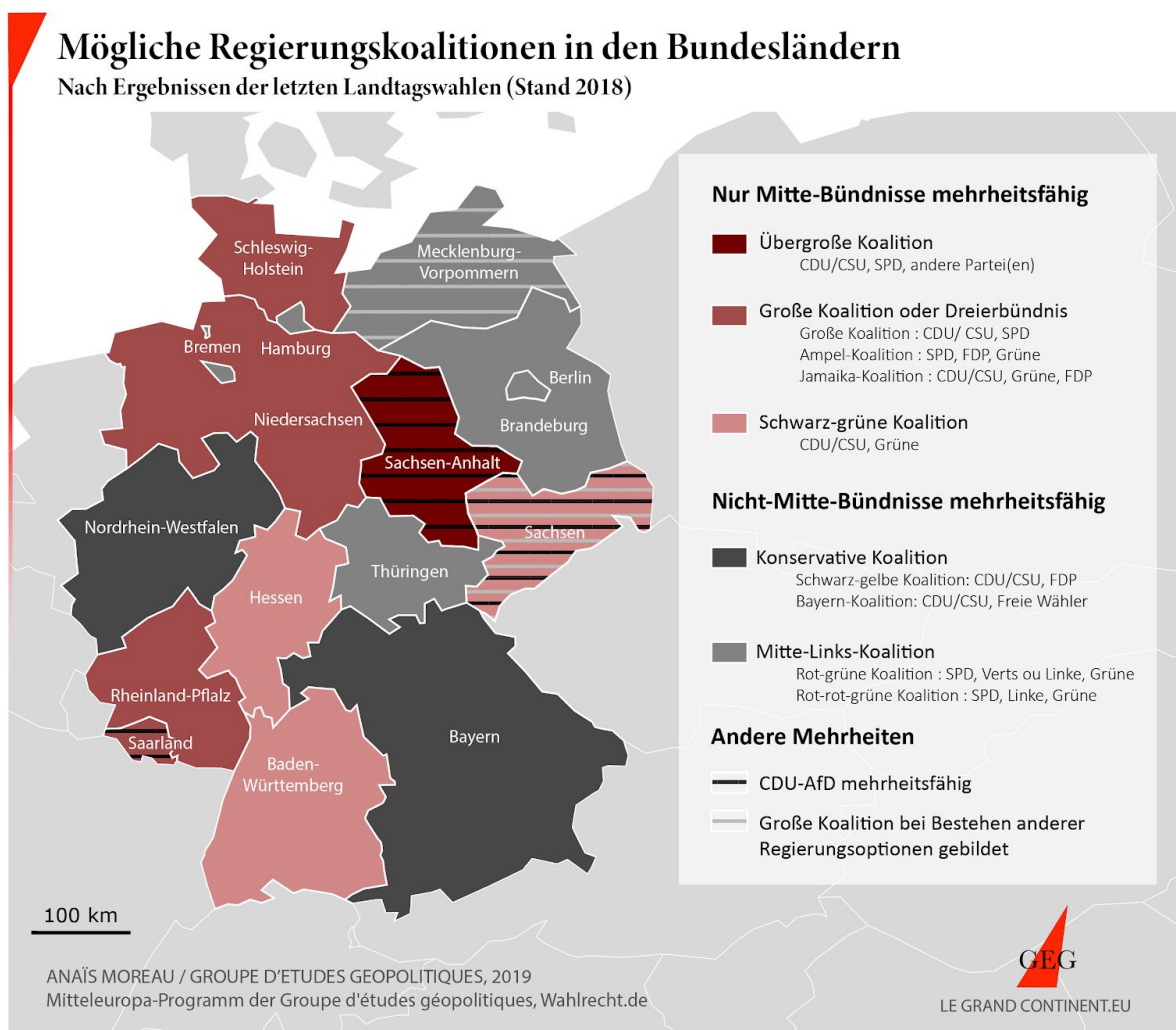
einer Regierung nicht teilhaben. **Bei der nächsten Wahl kommt eine ähnliche Konstellation zum Vorschein. Wieder regiert, notgedrungen, ein neues Mitte-Bündnis. Das Wahlsystem ist in einem Teufelskreis gefangen.**

In einer solchen Welt leben wir. In neun der sechzehn Bundesländer sind nur mehr Dreierbündnisse oder Große Koalitionen mehrheitsfähig (19). Nur in einem der sieben restlichen Bundesländer – Mecklenburg-Vorpommern – gingen Parteien eine solche Koalition ein, ohne dazu gezwungen worden zu sein; in diesem Fall war die Alternative eine rot-rote Koalition gewesen.



Vor kaum 10 Jahren sah die Lage in den Ländern völlig anders aus. Im Jahre 2008 regierten auf Landesebene insgesamt fünf Große Koalitionen, darunter nur eine (Sachsen), die mangels sozialer oder bürgerlicher Alternativen gebildet worden war. In drei Fällen (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg) hatte sich die SPD für eine schwarz-rote bzw. rot-schwarze Koalition in einem Kontext entschieden, wo eine rot-rote Koalition auch mehrheitsfähig war. Viele führende Sozialdemokraten lehnten damals eine rot-rote Koalition aufgrund grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten (27) oder gar aus Prinzip (12) ab. Neben

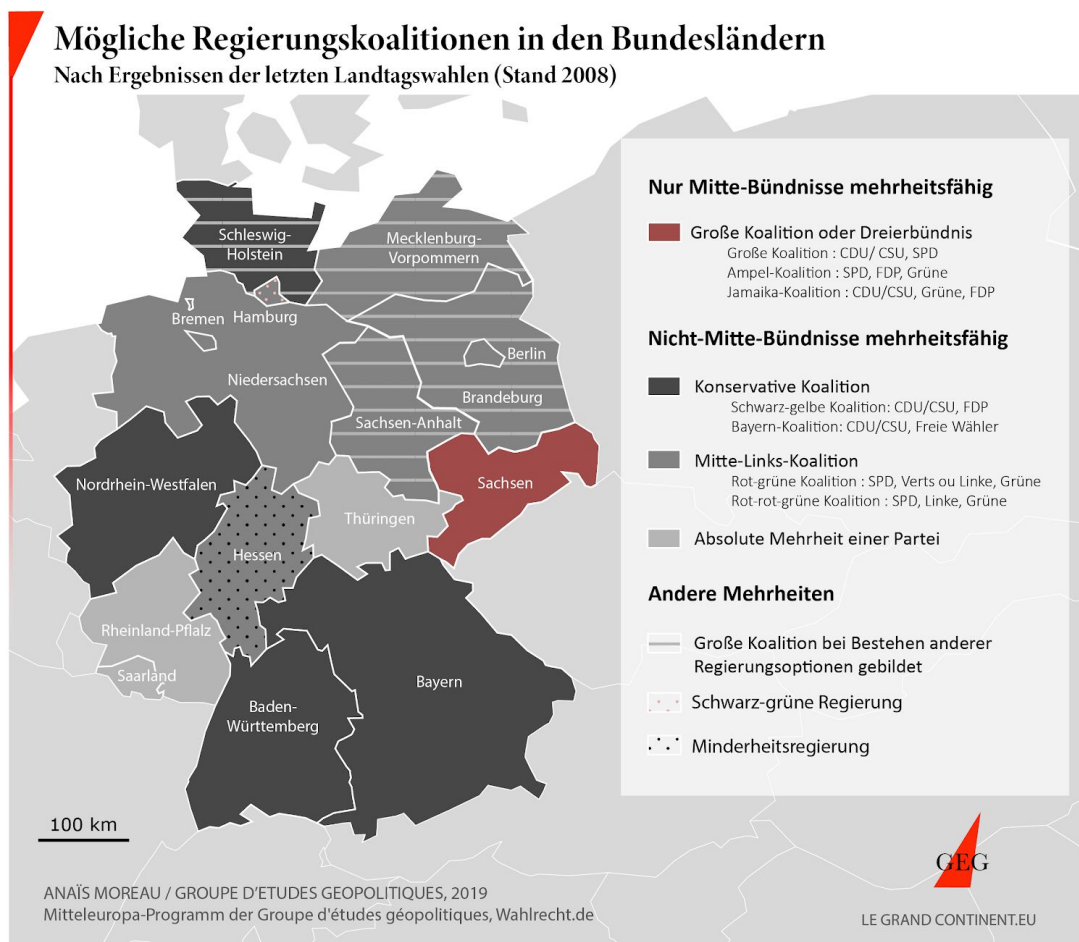
einer frühen schwarz-grünen Regierung in Hamburg bestanden ansonsten nur Mitte-links oder -rechts-Bündnisse oder Alleinregierungen.



Gewissermaßen spielte die Linke Anfang des Jahrtausends in den sog. neuen Bundesländern die Rolle der koalitionsunfähigen Partei, die jetzt bundesweit von der AfD übernommen worden ist. Heute haben wir es einerseits mit einer völlig koalitionsunfähigen Partei, der AfD, und andererseits mit einer begrenzt koalitionsfähigen Partei, der Linken, zu tun. Die Linkspartei wird nur insofern als begrenzt koalitionsfähig eingestuft, weil bisher keine Zusammenarbeit der Linken mit dem bürgerlichen Lager stattfand.

Dieser Status Quo könnte sich bald ändern. Als Ingo Senftleben, Chef der brandenburgischen CDU, in einem Interview im August 2018 erwägte, Koalitionsgespräche mit der Linkspartei nach den nächsten Landtagswahlen im Herbst 2019 nicht auszuschließen (1), stießen seine Äußerungen in den eigenen Reihen zwar auf inhaltliche Ablehnung. Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, stellte sich aber auf Senftlebens Seite und erklärte sich offen für Gespräche mit den „Vernünftigen“ innerhalb der Linkspartei (7). Zwar sei eine

Zusammenarbeit auf Bundesebene weiterhin unmöglich, doch Annäherungspunkte gebe es, besonders im Osten, in der Landespolitik. Wolle man eine „neue Debattenkultur“ im Land fördern, so Senftleben, sei ein solcher Schritt notwendig. Dass Senftleben Gespräche mit der AfD primär auch nicht ausschloss, sondern nur wegen der „Nähe zu rechtsextremen Strukturen“ des Brandenburger AfD-Chefs nicht in Betracht zog, erschien zweitrangig.



Zusammen kommen AfD und Linke auf Bundesebene auf zwischen 20 und 25%, im “Extremfall” Thüringen erreichen sie jedoch zusammen fast 45%. **Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik reichen gegen solche Erfolge, wie sie in Thüringen, aber auch in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen erzielt werden, weder eine große Koalition noch ein Dreierbündnis aus.**

Die Bewährungsprobe der deutschen Koalitionskultur steht kurz bevor

Im Herbst 2019 stehen drei Landtagswahlen an, über deren möglichen Ausgang bisher weitgehend geschwiegen wurde. Nicht in irgendwelchen Ländern wird gewählt, sondern gerade in den Hochburgen der AfD: Sachsen, Brandenburg und Thüringen, drei Ländern, in denen die neonationalistische³ Partei über mehr als 20% Unterstützung an der Urne verfügt, und die Linke besonders stark dasteht. Dabei, oder auch gerade deswegen, ist in allen drei östlichen Ländern die SPD weit abgeschlagen, und liegt unter 15%. Wer könnte dort also ab 2020 regieren? Die Arithmetik zeigt: **In Sachsen würde für die absolute Mehrheit nur eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen genügen; in Brandenburg eine Koalition aus CDU und SPD mit entweder den Grünen oder der FDP; in Thüringen ein unerhörtes Viererbündnis aus CDU, SPD, Grünen und FDP. Kurzum, in diesen drei Ländern lauert die Gefahr einer dauerhaften Unregierbarkeit.**

Wir werden uns an diese neue Art der „Übergroßen Koalitionen“, wie wir Bündnisse aus Union, SPD und einem oder mehreren anderen Parteien der Mitte gerne nennen möchten, wohl gewöhnen müssen. Sie sind in allen Ländern gang und gäbe, wo die Parteienlandschaft von einer relativ starken koalitionsunfähigen Minderheit oder von einer Zersplitterung der politischen Lager geprägt sind, wie zum Beispiel in Belgien oder den Niederlanden⁴.

Was Deutschland anbelangt ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern verhältnismäßig kritischer als anderswo. Während im Rest des Landes der Status der SPD als Volkspartei erst in Frage gestellt wird, und die Union trotz ihrer Niederlagen noch stärkste Kraft in elf der sechzehn Bundesländer bleibt, zeichnet sich im Osten ein neues, relativ homogenes Vier-Parteien-System aus Linke, SPD, CDU und AfD ab. In der Sonntagsfrage kommen AfD und Linke im Osten zusammen auf 45% der Stimmen; im Westen sind es nur 22% (18). Es wäre illusorisch zu behaupten, dass diese Besonderheit allein auf regionale Partikularismen, oder umgekehrt ausschließlich auf einen bundesweiten Trend zurückzuführen wäre. Sicher ist aber, dass die Rolle des Wahlsystems in dieser Entwicklung zu oft übersehen worden ist.

Die Parteien der Mitte stehen vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits müssen sie ihre Strategie anpassen, um die Krise zu überleben, andererseits müssen sie die Ursachen des Vertrauensverlustes bekämpfen, um auf längere Sicht einen Ausweg aus der Krise zu finden.

³ Den Begriff „Neonationalismus“ ziehen wir der üblicheren Bezeichnung „Populismus“ vor. Er ermöglicht uns, zeitgenössische nationalistische Bewegungen von anderen Strömungen innerhalb des breiten Spektrums „Populismus“ zu unterscheiden.

⁴ In Belgien treten die meisten Parteien entweder in Flandern oder in Wallonien zur Wahl an. Deshalb bestand seit 2000 keine einzige Regierungskoalition aus weniger als 4 Parteien. Nur die Kabinette Michel I und II (seit 2014) konnten ohne die französischsprachige Parti socialiste (PS) regieren, aber gleichzeitig saßen seit 2000 immer flämische Liberale oder Christdemokraten in der Regierung. Zwischen 2000 und 2014 regierten also nur „Große“ oder mindestens „bunte“ Koalitionen.

In der Region Flandern regierten zwischen 2000 und 2014 nur übergroße Koalitionen aus 3 oder 4 Parteien. In der Region Wallonien waren Sozialdemokraten und Christdemokraten in allen Regierungen zwischen 2004 und 2017 vertreten.

In den Niederlanden regierten seit 2007: eine Übergroße Koalition (Balkenende IV); eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung (Rutte I); eine Große Koalition (Rutte II); ein Mitte-Rechts-Viererbündnis (Rutte III).

Die Stimmen, die auf koalitions- und mehrheitsunfähige Parteien entfallen, sind in einem Verhältniswahlsystem *de facto* „verlorene Stimmen“, die die Regierungsbildung erschweren und eine ausweglose Flucht in die Mitte bewirken. Die Legitimität dieser Stimmen oder die des Verhältniswahlsystems anzugreifen, wäre aus demokratischer Perspektive der falsche Weg. **Vielmehr gilt es, das auf den ersten Blick paradoxe Dilemma hervorzuheben, mit der alle deutschen Parteien in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden: Entweder das Prinzip einer dauerhaften Mitte-Koalition akzeptieren, oder den hohen Preis eines institutionellen Chaos bezahlen.** Die landläufige Meinung, dass die Lösung der Differenzierungskrise zwischen Rechts und Links mehr Radikalität fordert, ist zwar nicht falsch, sie muss aber relativiert werden: Zwar bedarf die Lösung dieser Krise mehr *inhaltlicher* Standhaftigkeit, diese muss aber mit einer vermehrten Kompromissbereitschaft in der politischen Praxis gekoppelt werden, wenn sie nicht in institutionelles Chaos münden will.

Die politische Kultur Deutschlands, seine Verfassung und seine lange parlamentarische Praxis geben dem Land alle Mittel, eine solche Krise zu überwinden. Ein Präzedenzfall besteht bereits in Sachsen-Anhalt und dessen Kenia-Koalition aus Union, SPD und Grünen, die seit 2016 unter der Leitung von Reiner Haseloff das Land regiert (24). Damals hatten AfD und Linke zusammen 40% der Stimmen erzielt; den drei anderen im Landtag vertretenen Parteien war es schließlich gelungen, sich gegen sie zu verbünden, um die Regierung zu stellen. Doch Zwist und Uneinigkeit prägten ihre zwei Jahre im Amt (6). Derzeit hat diese Regierung keine Mehrheit mehr in den Umfragen. Stattdessen wäre nach heutiger Prognose eine andere Übergroße Koalition aus CDU, SPD und FDP mehrheitsfähig.

Einen Ausweg aus der Krise könnte mit der Zeit eine bei würdiger Regierungspraxis sowie echten politischen Erneuerungen zu erwartende Schwächung der AfD bieten, die nur von einem erneuten Vertrauen in die herkömmliche Politik ermöglicht werden könnte⁵. Dies fordert Ausdauer bei der Anwendung der oben genannten Strategie. Einen viel besorgniserregenderen Ausgang und **die Grundlage einer noch gravierenderen Krise würde die Konstellation bilden, in der AfD und Linke zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen erreichen.** Dann gibt es mathematisch betrachtet nur mehr drei Möglichkeiten. Die erste wäre eine bunte Koalition, die Linkspartei und Konservative zugleich umfassen würde. Auf dieses Szenario scheinen sich CDU-Landespolitiker bereits vorzubereiten (s.o.). Die zweite wäre eine Minderheitsregierung der Mitte, vielleicht in der Form eines „erweiterten Magdeburger Modells“⁶, das von der Linkspartei toleriert würde. Unklar ist aber, welches Interesse die Linke daran haben könnte, eine solche Regierung auch nur passiv am Leben zu erhalten, da sie nun Anspruch auf volle Regierungsteilnahme erheben kann.

⁵ Diese Behauptung ist zum heutigen Zeitpunkt hypothetisch. Nichts weist aktuell auf eine solche Schwächung der AfD in absehbarer Zeit hin, wie sie z. B. die Piratenpartei nach 2013 erfuhr. Vielmehr scheint Nationalismus in Deutschland eine dauerhafte Verankerung wiedergefunden zu haben, die vorher weniger präsent, oder zumindest weniger sichtbar war.

⁶ Als „Magdeburger Modell“ wurde die rot-grüne, von der linken PDS tolerierte Minderheitsregierung bezeichnet, die zwischen 1994 und 2002 Sachsen-Anhalt regierte. In einem etwaigen „erweiterten Magdeburger Modell“ würde die Linke eine Minderheitsregierung der Mitte (etwa eine Große Koalition) tolerieren, ohne selbst daran teilzunehmen.

Droht dem Osten der letzte Tabubruch?

Die dritte Möglichkeit wäre eine von der AfD mitgetragene Regierung. Dieses Szenario ist heute nicht mehr ganz auszuschließen. Die Möglichkeit schwarz-blauer Koalitionsverhandlungen nach den nächsten Landtagswahlen wurde bereits von prominenten konservativen Politiker, inklusive der CDU-Führung in Brandenburg, in Betracht gezogen (22, 11). Einige am rechten Rand der Partei wünschen sogar eine solche Koalition herbei (8). Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, und andere führende Unionspolitiker aus Ost und West fanden jedoch klare Worte gegen diese Vorstellung, die sie als „politischen Selbstmord“ bezeichneten. In Sachsen, und vielleicht auch in Thüringen, könnte eine CDU-AfD-Mehrheit theoretisch regieren. Natürlich wäre dies innerhalb der heutigen CDU-Parteistruktur nicht akzeptabel. Entschiede sich ein Landesverband für eine Zusammenarbeit mit den Neonationalisten, wäre mit dem sofortigen Ausschluss des betroffenen Politikers, bzw. der betroffenen Politikerin, und gegebenenfalls auch des Landesverbandes selbst⁷, zu rechnen. Eine Abspaltung würde folgen, die zwar in den heutigen Verhältnissen vielen Parteifunktionären schaden würde (an die Grünen verloren die CSU in Bayern und die CDU in Hessen mehr Wähler als an die AfD, s. 13, 14), aber bei weiteren, selbst länderspezifischen Erfolgen der Rechtsradikalen immer wahrscheinlicher werden würde.

Sollte der AfD die Koalitionsteilnahme dauerhaft verwehrt werden, sind Parteidisziplin und eine ausgeklügelte Strategie nötig. **Denn ein Gegenmodell gibt es auch. Und es heißt Österreich.** In Österreich verursachen Koalitionen aus der konservativen ÖVP und der neonationalistischen FPÖ zwar regelmäßige Proteste (10), schwarz-blaue Bündnisse sind aber seit der Nationalratswahl 1999 Schritt für Schritt, und trotz der damaligen Sanktionen aller anderen EU-Mitgliedsstaaten, in die politische Kultur des Landes eingegangen. Diese „schamlose Enttabuisierung“ der rechtsradikalen Partei führte schließlich zu einer „Normalisierung nach Rechts“ (17). Als eindeutiger Beweis dafür gilt die seit 2015 amtierende Landesregierung im Burgenland, die von den Sozialdemokraten der SPÖ gemeinsam mit der FPÖ zusammengestellt wird (26). Trotz heftiger Kritik verlief die Regierungsbildung sehr schnell; es folgten keine strengen personelle Konsequenzen. Diese Normalisierung fand gerade in einer Zeit statt, wo klassische Regierungsbildungen durch den FPÖ-Erfolg stark beeinträchtigt waren.

Bundesländer, in denen rechtspopulistische Parteien mindestens einen stellvertretenden Ministerpräsidenten stellen, könnte es auch mittelfristig in Deutschland geben. Darum geht es schließlich auch. Es wäre für Deutschland ein Paukenschlag und eine Erschütterung, eine merkwürdig zynische Antwort auf die mehrmals von der bald scheidenden Kanzlerin aufgeworfene Frage, „ob wir etwas aus der Geschichte gelernt haben“ (9). Ein Ausweg aus der Krise, den sich keiner – außer AfD-Anhänger selbst – wirklich wünschen kann.

⁷ Die Satzung der CDU regelt den Ausschluss eines Gebiets- bzw. Landesverbandes nicht explizit. Die zulässigen Ausschlussgründe (Vgl. §16 PartG, Maßnahmen gegen Gebietsverbände) werden nicht genannt.

Doch in Notlagen schwanken politische Prinzipien und mancher Tabu wird gebrochen. Der Druck, den koalitionsunfähige Parteien in einem Verhältniswahlssystem auf andere Parteien ausüben, wird größtenteils und relativ unabhängig vom Inhalt politischer Debatten durch das Wahlsystem und die Mechanismen der Koalitionsbildung vermittelt. **Das Phänomen der „verlorenen Stimmen“ erzeugt eine dauerhafte Flucht in die Mitte und kann ein Land bis zur Unregierbarkeit verwirren.** Deutschland steckt gewissermaßen schon in einem Teufelskreis. **In diesem neuen Umfeld, das breite Verhandlungen erfordert, müssen Parteien vorsichtig auf Differenzierung setzen.**

2019 läutet die Zeit der Übergroßen Koalitionen ein. Besonders in Thüringen, wo ein unerhörtes Viererbündnis aus CDU, SPD, FDP und Grünen möglicherweise zustande kommen könnte, werden Turbulenzen erwartet. Sachsen und Brandenburg soll es kaum leichter fallen. Das Risiko einer rechten Koalition ist noch begrenzt; dass politisches Chaos droht, liegt hingegen auf der Hand.

François Hublet
Unter der Mitarbeit von Johanna Schleyer
Karten: Anaïs Moreau

Quellen:

- (1) BREYTON Ricarda, [„Ich würde auch mit der AfD Gespräche nicht ausschließen“](#), Welt, 12. April 2018.
- (2) DÜRR Tobias, [Bewegung und Beharrung: Deutschlands künftiges Parteiensystem](#), Aus Politik und Zeitgeschichte, 32-33/2005, 31. Juli 2005.
- (3) GAUL Simone, ["Das Ende der großen Koalition wäre ein wichtiger Schritt"](#), Zeit, 16. Oktober 2018.
- (4) GRESSANI Gilles, [Une conversation avec Thomas Piketty sur les élections allemandes](#), Le Grand Continent, 21. September 2017.
- (5) HEIMBACH Tobias, [„Die SPD hat sich zu Tode gesiegt“](#), Welt, 18. Oktober 2018.
- (6) LEHMANN Timo, [Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt: Kenia kämpft – vor allem mit sich selbst](#), Spiegel, 8. Mai 2018.
- (7) MALZAHN Claus Christian, [Die unmögliche Koalition – und die Angst vor der Unregierbarkeit](#), 14. August 2018.
- (8) MEISNER Matthias, [Sachsen: Die zweifelhafte Nähe des CDU-Wahlhelfers Patzelt zur AfD](#), Der Tagesspiegel, 16. Januar 2019.
- (9) MERKEL Angela, [Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel](#), Bundesregierung, 21. November 2018.
- (10) NAGLER Lena Elena, [Donnerstags-Demos: Renaissance der wöchentlichen Proteste gegen Schwarz-Blau](#), Profil, 24. Oktober 2018.
- (11) NEUERER Dietmar, [Nach Vorstoß der Brandenburg-CDU: Unions-Konservative sprechen sich für Gespräche mit der AfD aus](#), Handelsblatt, 13. April 2018.
- (12) SPIER Tim, [L'impossible alliance : le SPD face à Die Linke](#), Note du Cerfa 64, Comité d'études des relations franco-allemandes, IFRI, Juni 2009.
- (13) STAHNKE Julian et al., [Wählerwanderung in Hessen: So deutlich zeigt sich die Groko-Unzufriedenheit](#), Zeit, 29. Oktober 2018.
- (14) STAHNKE Julian et al., [Wechselwähler in Bayern: Wo der CSU die absolute Mehrheit verloren ging](#), Zeit, 15. Oktober 2018.
- (15) WALTER Franz, [Niedergang der SPD: Vorwärts und nicht vergessen](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Januar 2018.
- (16) WENDLER Achim, [Umfragetief: Fünf Gründe für den Niedergang der SPD](#), Bayerischer Rundfunk, 17. Februar 2018.
- (17) WODAK Ruth, [Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“](#), Politische Vierteljahresschrift (2018), 59:323, 18. April 2018.
- (18) ZICHT Wilko, CANTOW Matthias (Hrsg.), [Infratest dimap Ost](#) und [West](#), Wahlrecht.de, abgerufen am 24. Januar 2019.
- (19) ZICHT Wilko, CANTOW Matthias (Hrsg.), [Landtagswahlumfragen](#), Wahlrecht.de, abgerufen am 8. Dezember 2018.
- (20) ZICHT Wilko, CANTOW Matthias (Hrsg.), [Sonntagsfrage Bundestagswahl](#), Wahlrecht.de, abgerufen am 24. Januar 2019.

- (21) [CDU/CSU und SPD – Zwei Volksparteien mit mangelnder Differenzierung](#), Pressemitteilung, Interrogare, 13. Juli 2017.
- (22) [Christian Hartmann: Sachsens CDU-Fraktionschef schließt Koalition mit AfD nicht aus](#), Zeit, 26. September 2018.
- (23) [Kampf um Parteivorsitz: Merz warnt vor Sozialdemokratisierung der CDU](#), Spiegel, 28 novembre 2018.
- (24) [Keniakoalition: Sachsen-Anhalt bekommt schwarz-rot-grüne Regierung](#), Zeit, 23. April 2016.
- (25) [Klage über zunehmende "Sozialdemokratisierung": CDU-Wirtschaftsrat enttäuscht von Schwarz-Gelb](#), Stern, 24. März 2010.
- (26) [Rot-blaue Regierung fixiert](#), ORF Burgenland, 5. Juni 2015.
- (27) [Rot-Schwarz in Brandenburg immer wahrscheinlicher](#), Welt, 24. September 2004.